

INHALT

- | | |
|--|---|
| 1. Novelle zum Landes-Polizeigesetz | 5. Abgabenertragsanteile der Gemeinden Jänner 2014 |
| 2. Novelle zum Tiroler Veranstaltungsgesetz 2003 | 6. Bedarfszuweisungen 2013 |
| 3. Information betreffend die Untersuchungs- pflicht für Trinkwasserversorgungsanlagen gemäß Lebensmittelrecht | Verbraucherpreisindex für November 2013 (vorläufiges Ergebnis) |
| 4. Überprüfungen von öffentlichen Wasserversorgungsanlagen gemäß § 134 Abs. 1 WRG in Tirol | |

1.

Novelle zum Landes-Polizeigesetz

Die vom Tiroler Landtag am 6. November 2013 beschlossene Novelle zum Landes-Polizeigesetz, LGBl. Nr. 1/2014, bringt aufgrund der Judikatur des Verfassungsgerichtshofes folgende Änderungen betreffend das bis dato absolute Bettelverbot des § 10 leg. cit.:

Nunmehr wird bestimmt, dass das Betteln **in ausschließlich stiller und passiver Form erlaubt** ist. Verboten bleibt weiterhin das Betteln

- in aufdringlicher oder aggressiver Weise wie durch Anfassen, unaufgefordertes Begleiten, Beschimpfen oder lautstarkes Klagen,
- in gewerbsmäßiger Weise und
- unter aktiver Mitwirkung von unmündigen minderjährigen Personen (vor Vollendung des 14. Lebensjahres).

Weiters kann die **Gemeinde** nach § 10 Abs. 2 Landes-Polizeigesetz durch **Verordnung** an bestimmten öffentlichen Orten auch das Betteln in einer nicht im § 10 Abs. 1 genannten Form untersagen, wenn aufgrund der Anzahl an bettelnden Personen die Benützung der betreffenden öffent-

lichen Orte durch andere Personen derart erschwert wird, dass dadurch ein Missstand, der das örtliche Gemeinschaftsleben stört, vorliegt oder unmittelbar bevorsteht.

Zu beachten ist, dass eine solche Durchführungsverordnung nur bei Vorliegen der im Gesetz genannten Voraussetzungen erlassen werden kann.

Ob ein Missstand bereits besteht oder unmittelbar bevorsteht, ist nach den konkreten Verhältnissen in der jeweiligen Gemeinde zu beurteilen und wird durch entsprechende amtswegige Erhebungen nachzuweisen sein. Der Gesetzgeber wollte den Gemeinden vor allem eine Handhabe geben, das Betteln aus einem bestimmten Anlass für einen bestimmten Zeitraum zu untersagen, um etwa ein verstärktes Auftreten von Bettelei am Rande oder aus Anlass von Veranstaltungen und Ereignissen im öffentlichen Raum zu unterbinden, wenn sich dies als Missstand darstellen sollte.

Die Erlassung einer derartigen Verordnung unterliegt dem Verordnungsprüfungsverfahren nach § 122 TGO. Die Aufsichtsbehörde hat das Vorliegen der genannten Voraussetzungen im Rahmen dieses Verfahrens zu überprüfen.

2.

Novelle zum Tiroler Veranstaltungsgesetz 2003

Die vom Tiroler Landtag am 12. Dezember 2013 beschlossene und voraussichtlich Anfang Februar kundzumachende Novelle zum Tiroler Veranstaltungsgesetz 2003 bringt folgende Änderungen:

Die Anmeldefrist für Veranstaltungen, zu denen höchstens 1.000 Personen gleichzeitig erwartet werden, beträgt künftig vier Wochen. Als Großveranstaltungen werden Veranstaltungen ab 1.500 Besuchern oder Teilnehmern festgelegt, sodass in Zukunft erst ab dieser Personenanzahl ein sicherheits- und rettungstechnisches Konzept vorzulegen ist.

Weiters werden erstmals **historisch gewachsene Veranstaltungen** definiert (vgl. § 2 Abs. 12). Bei diesen kann der Veranstalter, sofern es sich um eine Großveranstaltung handelt, beantragen, dass statt dem bisher verpflichtend vorzulegenden sicherheits- und rettungstechnischen Konzept eine mündliche Verhandlung vor der Behörde durchgeführt wird. Dort sind alle Fragen der Sicherheit, der Rettungstechnik und des Brandschutzes zu erörtern. Es liegt dabei nach wie vor in der **Verantwortung des Veranstalters**, alle zur Beurteilung des Vorliegens der Voraussetzungen nach dem Gesetz

erforderlichen Angaben zu machen und die entsprechenden Unterlagen vorzulegen, damit die Veranstaltung rechtzeitig bescheinigt (vgl. § 7 Abs. 1 leg. cit.) oder unter Auflagen mit Bescheid (vgl. § 8 leg. cit.) bewilligt werden kann.

Entsprechend den Angaben in den Einreichunterlagen sind von der Behörde die notwendigen Sachverständigen beizuziehen, wenn der Veranstalter nicht bekannt gibt, dass er von sich aus diese beizieht oder die notwendigen Gutachten beibringt. Allfällige unvollständige Angaben oder Unterlagen sind wie bisher von der Behörde nach § 7 Abs. 2 lit. a unter Setzung einer Frist nachzufordern. Die Kosten für eine erneute Verhandlung oder die Beiziehung von Sachverständigen sind dem Veranstalter nach den Bestimmungen des AVG aufzuerlegen.

Da in einer Gemeinde nicht nur historisch gewachsene Veranstaltungen, sondern auch Veranstaltungen von Vereinen regelmäßig und wiederkehrend abgehalten werden, wird empfohlen, dass die Gemeinde den Veranstalter anweist, in seinem Interesse die Anmeldeunterlagen möglichst frühzeitig der Behörde vorzulegen.

3.

Information betreffend die Untersuchungspflicht für Trinkwasserversorgungsanlagen gemäß Lebensmittelrecht

Die Trinkwasserverordnung (TWV), BGBl. II Nr. 304/2001, i. d. F. BGBl. II Nr. 359/2012, sieht vor, dass der Betreiber einer Wasserversorgungsanlage Untersuchungen des Trinkwassers gemäß dem Untersuchungsumfang und den Untersuchungshäufigkeiten nach Anhang II der genannten Verordnung von einem Untersuchungsberechtigten durchführen zu lassen hat. Jede Trinkwasserversorgungsanlage ist zumindest einmal im Jahr zu überprüfen.

Als Betreiber von Trinkwasserversorgungsanlagen werden die Gemeinden daran erinnert, die hierfür erforderliche Auftragsvergabe für das **Jahr 2014** an einen Untersuchungsberechtigten nach den §§ 65 oder 73 Lebensmittelsicherheits- und Verbraucherschutzgesetz (LMSVG) rechtzeitig zu veranlassen.

Die aktuelle Liste der zur Trinkwasseruntersuchung befugten Stellen und Personen ist auf der Homepage des Bundesministeriums für Gesundheit abrufbar (www.bmg.gv.at –

Link „VerbraucherInnengesundheit“ – „Lebensmittel“ – „Trinkwasser“).

Die Gutachten über die durchgeführten Untersuchungen sind dem Landeshauptmann als zuständige Behörde zu übermitteln. Die Trinkwasseruntersuchungsergebnisse sollten durch den beauftragten Untersuchungsberechtigten direkt in das **Wasserinformationssystem Tirol (WIS Tirol)** übertragen werden. Die Untersuchungsberechtigten sind dafür ausgerüstet.

Die Durchführung der Beprobung hat gemäß Anhang II der TWV (Mindesthäufigkeit, erforderliche Probenzahl) zu erfolgen. Bei der jährlichen Probenahme ist auch die Überprüfung der Wasserversorgungsanlage (Lokalausgang, einschließlich der Wasserspende mit Fassungszone) vorzunehmen. Der Untersuchungsumfang bei einer Volluntersuchung hat die Parameter des Anhangs I der TWV zu umfassen, soweit diese nicht durch Bescheide des Landeshaupt-

mannes reduziert wurden. Dabei wird insbesondere darauf hingewiesen, dass in Anhang I Teil B der TWV **der Parameter Uran** mit einem Parameterwert von **15 µg/l** aufgenommen wurde. Der **Parameterwert für Blei** wurde mit Dezember 2013 auf **10 µg/l** herabgesetzt.

Für wasserfachliche Fragen in diesem Zusammenhang steht Ihnen die Abt. Wasserwirtschaft/Siedlungs- und Industriewasserwirtschaft zur Verfügung (Kontakt: 0512/508-4231 bzw. siedlungswasserwirtschaft@tirol.gv.at), hinsichtlich Details zur Umsetzung der lebensmittelrechtlichen Vor-

gaben der dortige Sachbearbeiter, Herr DI Johannes Pinzer (Tel. 0512/508-4215, E-Mail: johannes.pinzer@tirol.gv.at).

Weiters werden die Gemeinden ersucht, die sonstigen Betreiber von Wasserversorgungsanlagen im Gemeindegebiet, insbesondere Wassergenossenschaften, über die Untersuchungspflicht und die Vorlage der Gutachten zu informieren, da die Gemeinde aufgrund des örtlichen Nahebezuges in vielen Fällen erster Ansprechpartner ist.

Mag. Gabriele Achleitner
Abteilung Gesundheitsrecht und Krankenanstalten

4.

Überprüfungen von öffentlichen Wasserversorgungsanlagen gemäß § 134 Abs. 1 WRG in Tirol

Die im Folgenden wiedergegebenen Vorgaben für Fremdüberwachungen von öffentlichen Wasserversorgungsanlagen in Tirol stellen einen Auszug aus einem Dokument dar, welches im Volltext unter www.tirol.gv.at/wasserinfo zum Download verfügbar ist.

Mindest-Anforderungen an Gutachten zu Überprüfungen nach § 134 Abs. 1 WRG in Tirol:

Ausgehend vom Wortlaut des § 134 Abs. 1 WRG („*Öffentliche Wasserversorgungsanlagen einschließlich der Schutzgebiete sind vom Wasserberechtigten auf seine Kosten durch Sachverständige oder geeignete Anstalten und Unternehmungen hygienisch und technisch überprüfen zu lassen.*“) gilt für dessen Umsetzung in Tirol:

- **Hinsichtlich technischer Fragen einschließlich Schutzgebieten** ist für die Fremdüberwachung von Wasserversorgungsanlagen die **ÖVGW-Richtlinie W 60 (Juli 2010)** als Basis hinsichtlich Umfang, Inhalt und Gliederung anzuwenden. Bei Vorgangsweise in diesem Sinn ist zu erwarten, dass die Anforderungen lt. Auflistung im Schreiben Zl. IIIa1-W-111/88 vom 14. November 2012 erfüllt werden.

Bei großen Anlagen ist u. U. eine differenzierte Betrachtung betreffend die Anforderung „Inspektion der wesentlichen Anlagenteile“ erforderlich: Die ÖVGW-Richtlinie W 60 lässt stichprobenartige Überprüfungen zu. Eine *nachvollziehbare* Auswahl von Stichproben wird bei § 134-Überprüfungen von großen Wasserversorgungsanlagen zu akzeptieren sein.

- **Zur hygienischen Überprüfung:**

Bei korrektem Vollzug der Trinkwasserverordnung besteht *kein* zusätzlicher Handlungsbedarf im Rahmen der Fremdüberwachung gemäß § 134 WRG. Eine *nachvollziehbare*

Aussage über die Ergebnisse der Überwachungsmaßnahmen gemäß Trinkwasserverordnung ist vom § 134-Fremdüberwacher in seinen Bericht aufzunehmen. Dabei ist insbesondere zusammenfassend Bezug zu nehmen auf die entsprechenden Feststellungen der GutachterInnen gemäß § 73 LMSVG (nachvollziehbares Zitat in geeignetem Umfang). Der Fremdüberwacher im Sinn von § 134 WRG muss daher selbst *nicht* GutachterIn gemäß § 73 LMSVG sein.

- **Zur Auswahl von Sachverständigen oder geeigneten Anstalten und Unternehmungen:**

Für die Fremdüberwachung gemäß § 134 WRG sind technisches, planerisches und betriebliches Fachwissen bzw. Erfahrung von zentraler Bedeutung. Dementsprechend kommen als § 134-Fremdüberwacher in Frage:

- befugte PlanerInnen des Fachbereichs Trinkwasser – Planung, Bau und Betrieb – mit entsprechenden Referenzen;
- erfahrene MitarbeiterInnen von Wasserversorgungsunternehmen mit Referenzen betreffend Planung, Bau und Betrieb im eigenen Unternehmen (Wasserversorgungsunternehmen, in denen eigene MitarbeiterInnen regelmäßig Anlagen planen und errichten); dabei wird vorausgesetzt, dass diese Personen in Wasserversorgungsunternehmen beschäftigt sind, welche hinsichtlich ihrer Größenordnung zumindest der der überwachten Anlage entsprechen;
- In bewusster Abweichung von Richtlinien der ÖVGW und von einschlägigen Normen kommt die Fremdüberwachung durch MitarbeiterInnen der überwachten Anlage beim Vollzug von § 134 WRG in Tirol ausdrücklich *nicht* in Frage (Trennung von Eigen- und Fremdüberwachung).

Grundlagen für Überprüfungen nach § 134 Abs. 1 WRG in Tirol:

Als wesentlichste Grundlagen sind zu nennen (neben dem Wasserrechtsgesetz 1959 i. d. g. F. (WRG) sowie dem Lebensmittelsicherheits- und Verbraucherschutzgesetz i. d. g. F. (LMSVG), dieses in Verbindung mit der Trinkwasserverordnung i. d. g. F. (TWV)):

das Regelwerk der Österreichischen Vereinigung für das Gas- und Wasserfach (ÖVGW) hier insbesondere:

- ÖVGW-Richtlinie W 60: Leitfaden für die technische Fremdüberwachung. Durchführung der technischen Fremdüberwachung von Trinkwasserversorgungsanla-

gen gemäß ÖVGW-Richtlinie W 59 – ÖNORM B 2539. ÖVGW, Wien, Juli 2010

- ÖNORM B 2539/ÖVGW-Richtlinie W 59: Technische Überwachung von Trinkwasserversorgungs-Anlagen – Regelwerk der ÖVGW. ON Österreichisches Normungsinstitut, Wien, 1.12.2005
- ÖVGW-Richtlinie W 85: Betriebs- und Wartungshandbuch für Trinkwasserversorgungs-Unternehmen. Grundsätze für die Erstellung und Führung von Betriebs- und Wartungshandbüchern in Trinkwasserversorgungs-Unternehmen.

ÖVGW, Wien, Februar 2008

*Dr. Stefan Wildt
Abteilung Wasserwirtschaft*

5.

Abgabenertragsanteile der Gemeinden Jänner 2014

| Ertragsanteile an | Jänner | | Änderung | |
|---|-------------------|-------------------|------------------|-------------|
| | 2013 | 2014 | in Euro | in % |
| EINKOMMEN- UND VERMÖGENSTEUERN: | | | | |
| Veranlagter Einkommensteuer | 9.307.589 | 9.949.692 | 642.104 | 6,90 |
| Lohnsteuer | 19.560.825 | 20.626.528 | 1.065.703 | 5,45 |
| Kapitalertragsteuer | 652.730 | 153.020 | -499.711 | -76,56 |
| Kapitalertragsteuer auf sonstige Erträge | 484.252 | 577.890 | 93.638 | 19,34 |
| Körperschaftsteuer | 13.687.525 | 14.957.970 | 1.270.445 | 9,28 |
| Abgeltungssteuern Schweiz | 0 | 70.104 | 70.104 | 100,00 |
| Abgeltungssteuern Liechtenstein | 0 | 0 | 0 | 0,00 |
| Erbschafts- und Schenkungssteuer | 9.275 | 992 | -8.283 | -89,31 |
| Stiftungseingangssteuer | 5.528 | 6.999 | 1.472 | 26,62 |
| Bodenwertabgabe | 151.801 | 122.873 | -28.928 | -19,06 |
| Stabilitätsabgabe | 1.252.692 | 1.031.020 | -221.672 | -17,70 |
| Su. Einkommen- und Vermögensteuern | 45.112.216 | 47.497.088 | 2.384.872 | 5,29 |
| SONSTIGE STEUERN: | | | | |
| Umsatzsteuer | 19.159.971 | 19.615.722 | 455.750 | 2,38 |
| Abgabe von alkoholischen Getränken | 10 | 28 | 17 | 168,32 |
| Tabaksteuer | 1.284.509 | 1.412.720 | 128.211 | 9,98 |
| Biersteuer | 156.164 | 144.522 | -11.641 | -7,45 |
| Mineralölsteuer | 4.233.708 | 3.859.092 | -374.616 | -8,85 |
| Alkoholsteuer | 93.642 | 95.197 | 1.555 | 1,66 |
| Schaumweinsteuer | 633 | 640 | 8 | 1,22 |
| Kapitalverkehrsteuern | 52.868 | 41.133 | -11.735 | -22,20 |
| Werbeabgabe | 393.431 | 388.778 | -4.653 | -1,18 |
| Energieabgabe | 683.056 | 891.440 | 208.384 | 30,51 |
| Normverbrauchsabgabe | 356.816 | 308.746 | -48.070 | -13,47 |
| Flugabgabe | 98.522 | 82.547 | -15.975 | -16,21 |
| Grunderwerbsteuer | 6.359.758 | 6.315.257 | -44.501 | -0,70 |
| Versicherungssteuer | 721.043 | 699.666 | -21.377 | -2,96 |
| Motorbezogene Versicherungssteuer | 1.164.270 | 1.264.750 | 100.480 | 8,63 |
| KFZ-Steuer | 81.503 | 86.903 | 5.400 | 6,63 |
| Konzessionsabgabe | 245.806 | 233.325 | -12.482 | -5,08 |
| rechnungsmäßig Ertragsanteile | 35.085.712 | 35.440.468 | 354.756 | 1,01 |
| abzüglich: Gemeindeanteil am Pflegegeld | 879.083 | 879.083 | 0 | 0,00 |
| Summe sonstige Steuern *) | 34.206.628 | 34.561.385 | 354.756 | 1,04 |
| Kunstförderungsbeitrag | 0 | 0 | 0 | 0,00 |
| Summe Ertragsanteile der Gemeinden | 79.318.844 | 82.058.473 | 2.739.629 | 3,45 |
| *) davon: | | | | |
| Getränkesteuerausgleich | 5.125.943 | 5.219.717 | 93.775 | 1,83 |
| Werbesteuerausgleich | 63.168 | 62.339 | -829 | -1,31 |
| Werbeabgabe nach der Volkszahl | 330.263 | 326.440 | -3.823 | -1,16 |
| Ausgleich Abschaffung Selbstträgerschaft | 250.835 | 250.835 | 0 | 0,00 |

6.

Bedarfszuweisungen 2013

| Bezirk | EWZ per 31.10.2011 | Kranken- häuser | Volks- schulen | Hauptsch. Polytechn. Lehrgang Sonder-schulen | Abwasser- beseitigung *) | Wasser- versorgung | Wildbach- und Lawinen- verbauung | Kata- strophen- schäden | Straßen Wege Brücken | Gemeinde- und Mehrzweck- häuser | Altenheime | Kindergärten, Jugendheime | Feuerwehr | | Sonstige Zwecke | Gesamt |
|--|-----------------------|--------------------|-------------------|---|-----------------------------|-----------------------|--|-------------------------------|-------------------------|--|------------------|------------------------------|------------------|-----------------------------|--------------------|-------------------|
| | | | | | | | | | | | | | Geräte-häuser | Fahrzeuge und Ausrüstung | | |
| Bezirk Imst | 56.660 | 768.000 | 350.000 | 1.233.900 | 1.024.270 | 774.700 | 135.000 | 170.535 | 846.000 | 895.500 | 850.000 | 305.050 | 450.000 | 71.000 | 1.518.000 | 9.391.955 |
| Bezirk Innsbruck-Land | 167.082 | | 1.466.000 | 2.362.500 | 1.303.290 | 771.000 | 506.100 | 250.449 | 3.022.000 | 1.740.000 | 350.000 | 1.880.628 | 958.080 | 140.500 | 2.362.457 | 17.113.004 |
| Bezirk Innsbruck-Stadt | 121.076 | | | | | | | | | | | | | | 9.000.000 | 9.000.000 |
| Bezirk Kitzbühel | 61.794 | 330.900 | 478.000 | 1.166.500 | 517.710 | | 210.000 | 151.355 | 752.000 | 430.000 | 1.270.000 | 187.393 | 570.000 | 33.000 | 634.920 | 6.731.778 |
| Bezirk Kufstein | 101.251 | 218.500 | 778.400 | 1.749.000 | 237.250 | 580.000 | 150.000 | 79.638 | 850.000 | 926.600 | 300.000 | 503.539 | | 42.500 | 1.528.616 | 7.944.043 |
| Bezirk Landeck | 43.703 | 624.000 | 595.000 | 308.100 | 605.790 | 640.000 | 496.000 | 113.458 | 2.104.000 | 498.000 | 15.000 | 427.216 | 530.000 | 39.000 | 953.546 | 7.949.110 |
| Bezirk Lienz | 49.553 | 555.000 | 638.000 | 946.000 | 413.200 | 454.000 | 476.000 | 300.243 | 2.210.700 | 975.000 | | 196.647 | 25.000 | 160.920 | 2.550.428 | 9.901.138 |
| Bezirk Reutte | 31.711 | 300.000 | 575.000 | 136.000 | 885.870 | 885.000 | 275.000 | 3.037 | 1.774.800 | 930.000 | | 19.620 | 470.000 | 123.000 | 1.575.000 | 7.952.327 |
| Bezirk Schwaz | 79.247 | 553.400 | 315.000 | 1.784.353 | 242.920 | 840.000 | 61.000 | 332.451 | 2.180.000 | 1.290.000 | 350.000 | 556.000 | | 137.000 | 1.035.408 | 9.677.532 |
| Förderung des Baues von öffentlichen Schulen und Kinderbetreuungseinrichtungen | | | | | | | | | | | | | | | | 5.327.518 |
| Gesamtsumme | 712.077 | 3.349.800 | 5.195.400 | 9.686.353 | 5.230.300 | 4.944.700 | 2.309.100 | 1.401.166 | 13.739.500 | 7.685.100 | 3.135.000 | 4.076.093 | 3.003.080 | 746.920 | 21.158.375 | 90.988.405 |

*) inklusive Bedarfszuweisungen für den Gebührenhaushalt Kanal

VERBRAUCHERPREISINDEX FÜR NOVEMBER 2013

(vorläufiges Ergebnis)

| | Oktober 2013 (endgültig) | Novemberber 2013 (vorläufig) |
|---|-----------------------------|---------------------------------|
| Index der Verbraucherpreise 2010 | | |
| Basis: Durchschnitt 2010 = 100 | 108,4 | 108,5 |
| Index der Verbraucherpreise 2005 | | |
| Basis: Durchschnitt 2005 = 100 | 118,7 | 118,8 |
| Index der Verbraucherpreise 2000 | | |
| Basis: Durchschnitt 2000 = 100 | 131,3 | 131,4 |
| Index der Verbraucherpreise 96 | | |
| Basis: Durchschnitt 1996 = 100 | 138,1 | 138,2 |
| Index der Verbraucherpreise 86 | | |
| Basis: Durchschnitt 1986 = 100 | 180,6 | 180,8 |
| Index der Verbraucherpreise 76 | | |
| Basis: Durchschnitt 1976 = 100 | 280,8 | 281,0 |
| Index der Verbraucherpreise 66 | | |
| Basis: Durchschnitt 1966 = 100 | 492,7 | 493,1 |
| Index der Verbraucherpreise I | | |
| Basis: Durchschnitt 1958 = 100 | 627,7 | 628,3 |
| Index der Verbraucherpreise II | | |
| Basis: Durchschnitt 1958 = 100 | 629,8 | 630,4 |

Der Index der Verbraucherpreise 2010 (Basis: Durchschnitt 2010 = 100) für den Kalendermonat November 2013 beträgt 108,5 (vorläufige Zahl) und ist somit gegenüber dem Stand für Oktober 2013 um 0,1% gestiegen (Oktober 2013 gegenüber September 2013: -0,1%). Gegenüber Novemberber 2012 ergibt sich eine Steigerung um 1,4% (Oktober 2013/2012: +1,4%).

MEDIENINHABER (VERLEGER):

**Amt der Tiroler Landesregierung,
Abteilung Gemeinden,**

6010 Innsbruck, Tel. 0512/508-2370
www.tirol.gv.at/merkblatt-gemeinden

Für den Inhalt verantwortlich: Mag. Christine Salcher

Offenlegung gemäß § 5 Mediengesetz: Medieninhaber Land Tirol

Erklärung über die grundlegende Richtung: Information der Gemeinden

Druck: Eigendruck